

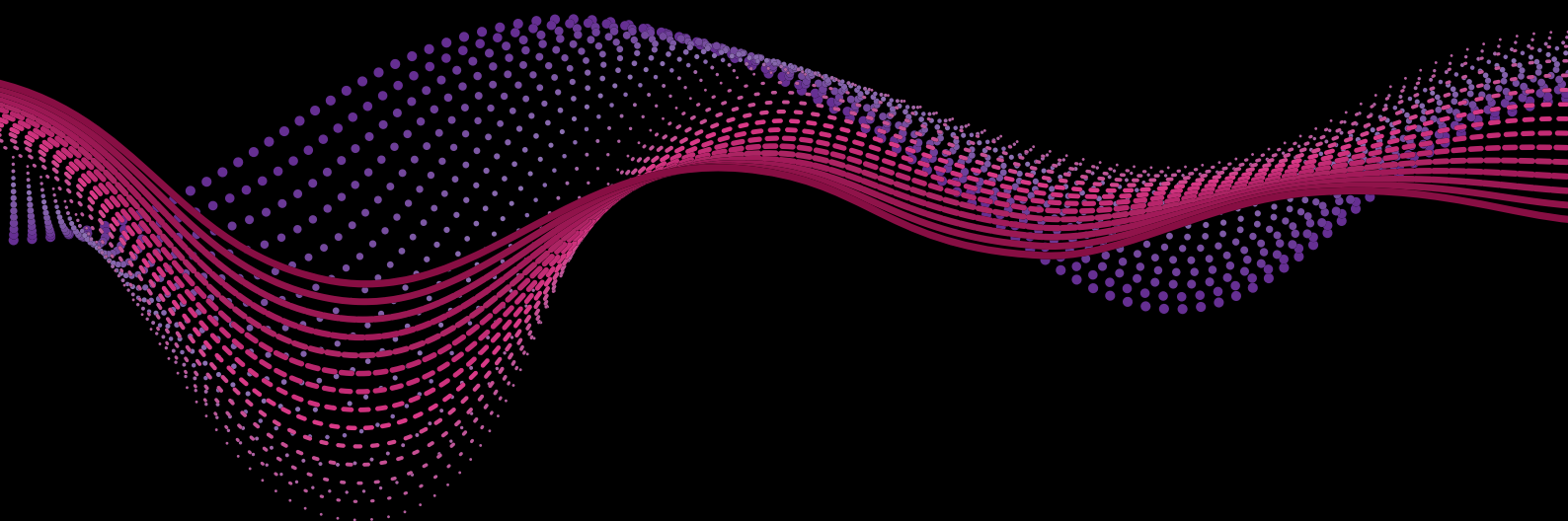
4|26

Auszug aus
Ausgabe 4
August 2026



e|m|w

Das ener|gate-Magazin.



Energie & Infrastruktur

»In der Wärmeplanung muss Fernwärme mehr sein als nur eine farbige Fläche auf der Karte.«

Interview mit **Frank Mattat**, Geschäftsführer des Energieeffizienzverbands für Wärme, Kälte und KWK (AGFW)

Interview mit **Frank Mattat**, Geschäftsführer des Energieeffizienzverbands für Wärme, Kälte und KWK (AGFW)

»In der Wärmeplanung muss Fernwärme mehr sein als nur eine farbige Fläche auf der Karte.«

Fernwärme kann zu einem Schlüssel der klimaneutralen Wärmeversorgung werden. Netze und Erzeugung müssen dafür jedoch mit Investitionen in Milliardenhöhe umgebaut werden. Die Branche ist längst in der Transformation angekommen, doch bei unsicheren Förderbedingungen, langen Genehmigungsverfahren und dem Fachkräftemangel steht der eigentliche Kraftakt noch bevor. Was angesichts dieser Situation jetzt passieren muss, erklärt AGFW-Geschäftsführer Frank Mattat im Interview mit e|n|w-Redakteurin Mareike Teuffer.



e|n|w:

Herr Mattat, die Dekarbonisierung der Fernwärme ist eine Mammutaufgabe. Wo steht Deutschland da aktuell und wie weit ist der Weg noch bis zur grünen Wärme?

Mattat:

Das ist in der Tat so. Das Wärmeplanungsgesetz gibt hier klare Ziele vor. Individuelle Netze müssen bis 2030 30 Prozent, bis 2040 80 Prozent erneuerbaren Anteil erreichen und bis 2045 klimaneutral sein. Das Gute ist, dass die Branche schon mitten in der Transformation ist und seit Jahren massiv in erneuerbare Energien und die Erschließung von Abwärme investiert. Aktuell liegt der bundesweite Anteil in Wärmenetzen bei knapp 30 Prozent. Gleichzeitig bleibt angesichts des engen Zeitrahmens noch ein erheblicher Weg zu gehen, und hierbei sind die Unternehmen auf verlässliche und angemessene Rahmenbedingungen angewiesen.

e|n|w:

Mit welchen Investitionen rechnen Sie bis 2045 für die Transformation der Wärmeversorgung?

Mattat:

Bis 2030 sind für den Ausbau der Fernwärme insgesamt 43,5 Mrd. Euro erforderlich, das entspricht rund 6,2 Mrd. Euro pro Jahr. Der Schwerpunkt liegt mit knapp 60 Prozent auf dem Ausbau und der Erweiterung der Wärmenetze. Weitere 40 Prozent entfallen auf erneuerbare Erzeugungsanlagen, die Nutzung unvermeidbarer Abwärme und deren Einbindung in die Netze. Bis 2045 kommen dann nochmals gut 74 Mrd. Euro hinzu, was etwa 5 Mrd. Euro jährlich entspricht. Prognos schätzt den jährlichen Förderbedarf in dem Gutachten „Perspektive der Fernwärme“ auf etwa 3,4 Mrd. Euro. Hier sehen wir durchaus, dass der Gesetzgeber sich mit dem Haushalt für 2027 in die richtige Richtung bewegt. Neben der Höhe der Förderung spielt aber vor allem die Frage nach Kontinuität eine wichtige Rolle, wenn es um Investitionssicherheit geht. Diese könnte durch eine gesetzliche Verankerung der BEW, beispielsweise im Wärmeplanungsgesetz, sichergestellt werden.

e|m|w:

Wie sieht dabei die regionale Verteilung aus? Gibt es Regionen, die bei der Transformation noch besonders herausgefordert sind?

Mattat:

Das ist sehr unterschiedlich. Der Fernwärmeanteil ist in Ballungsräumen und aufgrund der historischen Entwicklung in den östlichen Bundesländern größer. Großstädte und Ballungsräume haben meist besonders gute Voraussetzungen, weil dort die Wärmebedarfsdichte hoch ist und häufig bereits Wärmenetze sowie Abwärmequellen vorhanden sind. Gleichzeitig sind die Baukosten gerade in innerstädtischen Lagen oft besonders hoch. Dünn besiedelte und zersiedelte Regionen oder Gebiete ohne bestehende Netze sind herausfordernder. Standorte mit Industrie, Müllverbrennung, Rechenzentren, Geothermie oder großen Gewässern als Wärmequelle haben Vorteile.

e|m|w:

Energieversorger bundesweit beklagen die immensen Summen, die sie für die Energiewende und speziell auch für die Wärmetransformation bereitstellen müssen. Ist das für die oftmals kommunalen Unternehmen aus Ihrer Sicht noch leistbar?

Mattat:

Tatsächlich sind die hohen Investitionsbedarfe für kommunale und private Unternehmen eine erhebliche Herausforderung. Klassische Finanzierungsmodelle reichen dafür oft nicht mehr aus. Nötig sind eine verlässliche Förderung, langfristige Finanzierungsinstrumente und ein Rahmen, der Investitionen überhaupt erst wirtschaftlich tragfähig macht. Als AGFW setzen wir hier auf einen aktiven Dialog mit der Politik, um auf Förderlücken hinzuweisen und verlässliche Rahmenbedingungen – darunter fallen auch Finanzierungsbedingungen und -konzepte – zu erreichen. Gleichzeitig werben wir für ein stärkeres gesamtgesellschaftliches Verständnis für die enormen Investitionsbedarfe der Unternehmen. Einige Stadtwerke machen gerade Erfahrungen mit Bürgerdarlehen, bei denen die Menschen in ihren Regionen in Wärmewendeprojekte investieren können. Das kann helfen, das Bewusstsein zu schärfen. An

Bedeutung gewinnende Finanzierungsinstrumente sind zudem Off-Balance-Finanzierungslösungen, bei denen neben Fördermitteln sowie klassischem Eigen- wie auch Fremdkapital privates Kapital zur Investitionsfinanzierung genutzt wird. Elementar bleiben aber klare und verlässliche Rahmenbedingungen für unseren Sektor, unabhängig von Finanzierungsmodellen.

e|m|w:

Welche Rolle spielen Förderinstrumente, wie beispielsweise die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)?

Mattat:

Solche Förderinstrumente wie die BEW sind sehr wichtig, weil viele Versorgungsunternehmen die Transformation und den Ausbau der Fernwärme sonst kaum stemmen könnten. Ohne diese Unterstützung würden viele Projekte deutlich später oder gar nicht umgesetzt. Wie bereits erwähnt, erkennen wir daher an, dass sich die Bundesregierung mit dem gerade verabschiedeten Haushaltsentwurf für 2027 dem realen Förderbedarf der Branche annähert. Das ist ein positives Signal für das kommende Haushaltsjahr, aber ein strukturelles Problem bleibt bestehen: Wie eben schon angerissen, fehlt der BEW nach wie vor die gesetzliche Absicherung. Sie ist stets vom jeweiligen Bundeshaushalt abhängig und verfügt über kein gesetzlich verankertes, dauerhaft garantiertes Budget. Das passt wegen der Unsicherheit, die entsteht, nicht zu dem langfristigen Investitionshorizont, den der Bau und Betrieb von Wärmenetzen erfordert. Deswegen appellieren wir an die Bundesregierung, eine entsprechende Absicherung im Rahmen der anstehenden Novellen umzusetzen.

e|m|w:

In der Branche wird ja der Antragsstau und die lange Wartezeit bis zur Bewilligung der Anträge massiv kritisiert. Wie schätzen Sie das ein?

Mattat:

Das ist ein erhebliches Umsetzungsproblem. Solange Förderanträge nicht zeitnah bewilligt werden, können viele Projekte nicht beauftragt werden. In der Zwischenzeit können Baukosten, Zinsen und das Risiko von Verzögerungen steigen. Das gefährdet nicht nur die Projektplanung, sondern auch kommunale Beschlüsse und enge Umsetzungsfristen.

e|m|w:

Gäbe es Maßnahmen, mit denen sich an der Stelle Abhilfe schaffen ließe?

Mattat:

Vor allem ein schnelleres und stärker standardisiertes Förderverfahren würde helfen. Dazu gehören mehr digitale Abläufe, mehr Personal, klare Prüfpfade für typische Projekte, vorläufige Förderzusagen sowie eine verlässliche, mehrjährige Absicherung der Programmmittel. Außerdem müsste die BEW entfristet und finanziell deutlich aufgestockt werden.

e|m|w:

Im Juni ist bei der kommunalen Wärmeplanung die Frist für größere Kommunen ab 100.000 Einwohnern abgelaufen. Wie blicken Sie auf den aktuellen Stand?

Mattat:

Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger erster Schritt, aber sie darf nicht beim Plan stehen bleiben. Die Umsetzung in konkrete Investitions-, Flächen- und Ausbauentscheidungen vor Ort ist jetzt entscheidend. Aus unserer Sicht muss Fernwärme in der Wärmeplanung mehr sein als nur eine farbige Fläche auf der Karte. Sie braucht verbindliche Umsetzungspfade und verlässliche Rahmenbedingungen. Es muss ein enges Zusammenspiel zwischen Kommunen, Versorgern und weiteren lokalen Akteuren geben, damit die Umsetzung funktioniert. Unsere Mitgliedsunternehmen haben sich in ganz Deutschland aktiv in die Wärmeplanungen eingebracht und geben ihr Know-how in den Regionen weiter.

e|m|w:

Mit der Pflicht zur Wärmeplanung und dem sogenannten Heizungsgesetz hatte die Fernwärme zunächst viel Zuspruch bekommen und sich ein Stück weit auch zum Hoffnungsträger einer sozialen Wärmewende gemausert. Ist das in Ihrer Wahrnehmung noch so oder ist die Euphorie wieder abgeflacht, spätestens mit der Aufweichung durch das Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG)?

Mattat:

An der Grundeinschätzung, dass die Fernwärme ein zentraler Hoffnungsträger und Treiber für die Wärmewende ist, hat sich nichts geändert. Die kommunale Wärmeplanung und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) haben die Fernwärme aufgrund ihrer Vorteile zu Recht stark in den Fokus gerückt. Die Debatte um das GModG sorgt aktuell dagegen für mehr Unsicherheit und weniger klare Investitionssignale. Wir sagen daher klar: Technologieoffenheit ja, aber nur mit fairen und verlässlichen Rahmenbedingungen und einem echten Level-Playing-Field für Wärmenetze.

e|m|w:

Die Transformation und Integration vieler grüner Wärmequellen wird die Fernwärme tendenziell verteuern. Wie wird sich das auf das Thema Akzeptanz der leitungsgebundenen Wärme auswirken?

Mattat:

Die Akzeptanz der Fernwärme hängt nicht nur vom Preis ab, sondern vor allem von Transparenz, Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit. Die Transformation wird mit spürbaren Investitionen verbunden sein und kann sich daher auch in den Preisen niederschlagen. Diese Entwicklung muss verständlich erklärt und fair ausgestaltet werden, das ist entscheidend. Unsere Mitgliedsunternehmen arbeiten daran intensiv. Den Vergleich brauchen wir im Übrigen nicht zu scheuen: Über den Lebenszyklus gerechnet ist eine Wärmeversorgung auf Basis von Fernwärme in der Regel kostengünstiger als eine Gasbrennwertheizung mit Grüngasanteilen gemäß der „Biotreppe“. Eine aktuelle Kurzstudie des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE bestätigt das. Langfristig bietet Fernwärme den Vorteil, dass die Versorgung systematisch von fossilen Brennstoffen weggeführt wird.

e|m|w:

Wie sozial kann die grüne Fernwärme künftig noch sein? Braucht es an der Stelle zusätzliche sozialpolitische Instrumente?

Mattat:

Grüne Fernwärme kann sozial ausgestaltet werden. Wir halten aber Mechanismen wie einen Preisdeckel für den falschen Weg, weil sie die Investitionsanreize schwächen und mit einem weiteren Bürokratieaufwuchs verbunden sind, ohne dass die Kostenfrage wirklich gelöst wird. Sinnvoller sind gezielte, sozialpolitische Instrumente außerhalb des Wärmepreises, etwa Wohngeld, Heizkostenzuschüsse oder gezielte Unterstützung für einkommensschwache Haushalte.

e|m|w:

Neben der Transformation der Erzeugung wollen viele Versorger auch ihre Fernwärmenetze großflächig ausbauen. Wobei auch der Leitungsausbau und die notwendigen Baustellen als teuer gelten, im Vergleich zum Beispiel zum Gasnetzausbau. Woran liegt das?

Mattat:

Die Kosten für den Leitungsbau variieren stark je nach Region, Trassenführung und den konkreten Bedingungen vor Ort. Die Spannweite reicht von 500 bis 5.000 Euro und in Spitzen bis zu 8.000 Euro pro Trassenmeter in innerstädtischen Gebieten. Der Tiefbau ist dabei in der Regel der größte Kostentreiber. Fernwärmeleitungen sind im Unterschied zu Gasleitungen technisch aufwendiger, weil Vor- und Rücklauf, Dämmung, größere Dimensionen und Dehnungsausgleich berücksichtigt werden müssen. Deshalb sind Wärmelinienrichte und Anschlussquote entscheidend für die Wirtschaftlichkeit.

e|m|w:

Gibt es denn ausreichend Handwerkskapazitäten für den Ausbau im großen Stil?

Mattat:

Nicht wirklich. Handwerks- und Baukapazitäten sind derzeit ein echtes Hemmnis. Der Fachkräftemangel trifft besonders beruflich qualifizierte Fachkräfte und Bauberufe, die für den Fernwärmeausbau dringend gebraucht werden.

e|m|w:

Herr Mattat, ich danke Ihnen für das Gespräch. 

FRANK MATTAT

Jahrgang 1968

- 1996 Abschluss Studium der Betriebswirtschaftslehre, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1996–1999 Firmenkundenbetreuer, Deutsche Kreditbank
- 2000–2025 Geschäftsführer in verschiedenen Unternehmen des Energiesektors
- seit 2026 Geschäftsführer des AGFW
-  f.mattat@agfw.de

e|m|w

Das ener|gate-Magazin.

energate gmbh

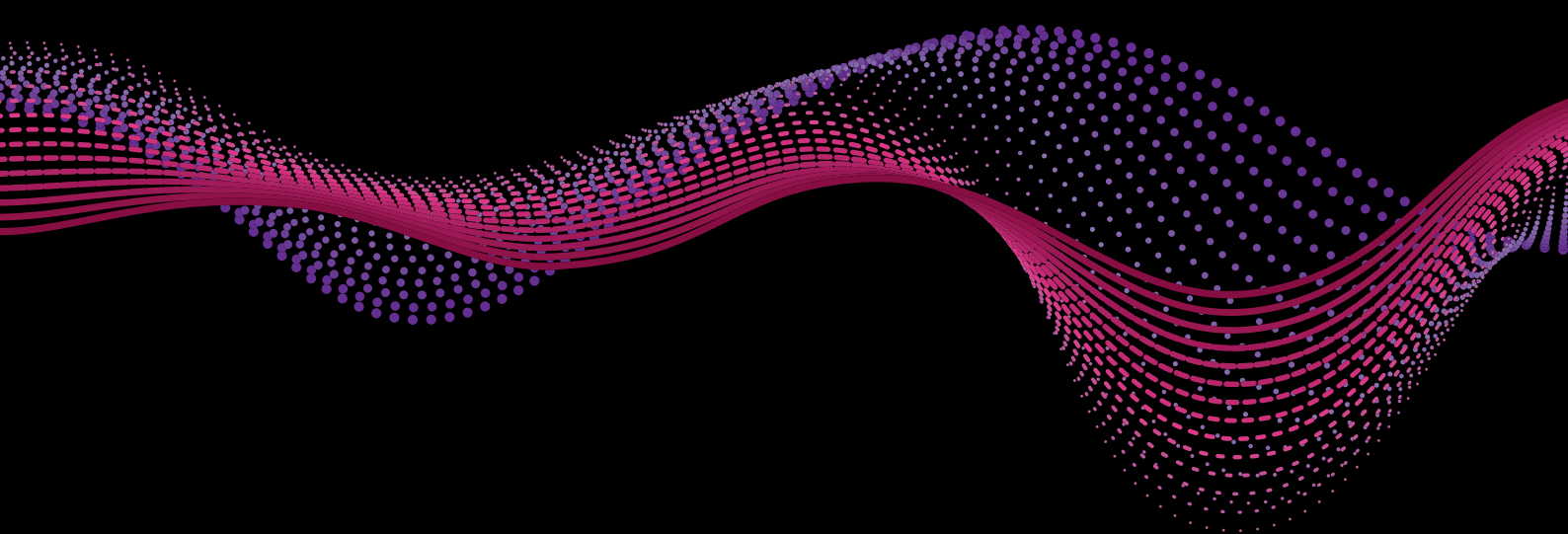
Norbertstraße 3-5

D-45131 Essen

Tel.: +49 (0) 201.1022.500

Fax: +49 (0) 201.1022.555

www.energate.de



Werden Sie Mitglied im **ener|gate club**
und erhalten Sie neben der **e|m|w**
viele weitere exklusive Leistungen!

www.energate.club

